

**Protokoll der 9. Sitzung des schwul-lesbischen Runden Tisches am 04.02.03
- Entwurf -**

Anwesend:

Peter Schröder, Slado
Susanne Talia, Slado/Schibsel
Anne Lehwald, Schibsel
Stefan Nies, Geschichtsagentur Dudde und Nies
Astrid Richardt, Slado
Markus Alex, KCR
Siegfried Pogadl, Stadt Dortmund
Reinhold Giese, SPD-Ratsfraktion
Claudia Kokoschka, Kulturbüro
Alfred Hennekemper, Jugendamt
Klaus Kohts, Jugendamt
Ulrike Klingsporn, Schulverwaltungsamt
Rudi Heinki, Personalamt
Georg Bühmann, Gesundheitsamt
Marianne Schobert, Paritätischer
Christiane Vollmer, Sozialdezernat

1. Tagesordnung: Unter dem TOP „Verschiedenes“ werden die Themen „Boytoyshop“ und „Veranstaltung zur Verfolgung Schwuler im Nationalsozialismus im Rahmen der Wehrmachtsausstellung“ behandelt.

2. Protokoll: Es gab keine Anmerkungen.

3. Sachstandsbericht zum Jahresende 2002 zur Umsetzung des schwul-lesbischen Handlungskatalogs für den Rat:

Die Ratsvorlage lag nicht allen Anwesenden vor. Der Beschlussvorschlag wird vorgelesen:

„Der Rat der Stadt nimmt die erste Auswertung der Umsetzung des im Rahmen des schwul-lesbischen Runden Tisches Dortmund in Zusammenarbeit mit den dort durch SLADO e. V. vertretenen Organisationen der lesbischen und schwulen Selbsthilfe vereinbarten Handlungskatalog zur kommunalen Lesben- und Schwulenpolitik zur Kenntnis.

Der Rat der Stadt Dortmund beauftragt die Verwaltung, die Antidiskriminierungs- und Gleichstellungspolitik für Schwule und Lesben in Zukunft als Regelaufgabe wahrzunehmen.“

Die Sachverhaltsdarstellung wurde mit den betroffenen Fachbereichen und Vertreter/innen des Slado abgestimmt. Die Vorlage ist zur Ratssitzung am 06. März eingebracht; es wird erwartet, dass der Rat dem Beschlussvorschlag folgt.

Die Anwesenden nehmen den Beschlussvorschlag zustimmend zur Kenntnis und vereinbaren, die daraus resultierenden Konsequenzen für die weitere Arbeit des Runden Tisches unter dem dafür vorgesehenen Tagesordnungspunkt zu besprechen. Die Ratsvorlage wird mit dem Protokoll an alle Teilnehmer/innen verschickt.

4. Hepatitis-B-Impfkampagne:

Herr Bühmann berichtet, dass in einer Arbeitsgruppe der Gesundheitskonferenz mit den Krankenkassen über die am Runden Tisch verabredete und vom Rat gewünschte Hepatitis-B-Impfkampagne gesprochen worden sei. Die Hepatitis-B-Impfung ist für gefährdete Personengruppen eine indizierte Kassenleistung, d.h., die Krankenkassen übernehmen in diesen Fällen die Kosten. Mit Hinweis auf diesen Sachverhalt zeigten die Krankenkassen keine Bereitschaft, eine Impfkampagne zu finanzieren. In der Arbeitsgruppe wurde verabredet, zunächst Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Zum einen sollen damit Schwule auch über die schwulen Medien auf die Gefährdung durch Hepatitis-B und die Möglichkeit der kassenfinanzierten Impfung aufmerksam gemacht werden. Gleichzeitig werden in den Medien der Kassenärzt/innen diese darauf aufmerksam gemacht, dass die Hepatitis-B-Impfung sinnvoll und für gefährdete Gruppen eine Kassenleistung ist. Für die nationale Impfwoche hat das Gesundheitsamt Landesmittel beantragt, um im KCR ein Impfangebot zu machen. Weiterhin wird versucht, für diese Aktion im KCR auch Mittel der Krankenkassen einzuwerben. Herr Bühmann weist darauf hin, dass im Budget des Gesundheitsamtes keine Mittel für diesen Teil der Kampagne zur Verfügung stehen.

Herr Schröder begrüßt die dargestellte Verabredung als ersten Schritt der Kampagne. Er hält ein anonymes und kostenfreies Impfangebot nach wie vor für erforderlich, um besonders gefährdete Schwule, insbesondere jüngere, überhaupt erreichen zu können. Herzenslust e.V. wird zum Gelingen der ersten Schritte durch Informationen in der Zielgruppe beitragen. Die Suche nach Sponsoren für die Impfkampagne war bisher wenig erfolgreich.

5. Psychosoziale Berastung für Lesben und Schwule:

Frau Talia berichtet, dass die gewünschte finanzielle Unterstützung der Stadt auf Basis des Zuwendungsbescheides des Landes und der Leistungsbeschreibung nicht im Rahmen einer Zuwendungsfinanzierung erfolgen kann. Ursache ist die Haushaltslage der Stadt Dortmund. Verabredet sei, die Fehlbeträge in Höhe von ca. 10.0000 € im Jahr durch andere Finanzierungswege zu erwirtschaften. In Gesprächen mit dem Jugendamt sollen bis Ende März die dazu vorhandenen Möglichkeiten vereinbart werden.

Herr Hennekemper hält das Zeitziel für realistisch. Er sagt zu, neben seinen Gesprächen Schibsel auch bei der Kontaktaufnahme zu anderen Abteilungen des Jugendamtes zu unterstützen. Absehbar sei inzwischen, dass für die Erziehungsberatung des Jugendamtes in 2003 insgesamt 220.000€ weniger zur Verfügung gestellt werden als im Vorjahr.

Frau Schobert stellt fest, dass erst jetzt tatsächlich Gespräche sinnvoll seien, da die Rahmenbedingungen erst zum Jahreswechsel klarer wurden. Sie betont, dass die psychosoziale Beratung von Lesben und Schwulen eine Aufgabe ist, die analog zu anderen Beratungsangeboten auch kommunal finanziell unterstützt werden soll und daher bei entsprechender Haushaltslage in eine Analogfinanzierung aufgenommen werden soll.

6. Gestaltung der weiteren Arbeit des schwul-lesbischen Runden Tisches:

Frau Talia berichtet, dass sich Schibsel als einen thematischen Schwerpunkt für 2003 der Gewalt gegen Lesben und Schwule widmet und regt an, inhaltliche Schwerpunkte in den Sitzun-

gen zu verabreden. Herr Giese stellt grundsätzlich die Frage, ob eine Fortführung des Runden Tisches notwendig sei. Diese Notwendigkeit wird bejaht, allerdings vorgeschlagen, die Abstände zwischen den Sitzungen zu vergrößern. Mehrheitlich sprechen sich die Anwesenden für einen Halbjahresrhythmus aus. Der Runde Tisch wird neben der Diskussion von Schwerpunktthemen wie bisher auch für Beschwerden über Diskriminierungen und Anregungen zur kommunalen Lesben- und Schwulenpolitik zur Verfügung stehen.

Herr Schröder berichtet, dass das schwule Netzwerk NRW, das sich jährlich einmal trifft, in diesem Jahr gern im Rathaus Dortmund tagen möchte. Die Anwesenden nehmen dieses Vorhaben erfreut zur Kenntnis, Herr Pogadl sagt ein Grußwort der Stadt sowie – falls nötig - Unterstützung bei der Raumreservierung im Rathaus zu.

7. Verschiedenes:

7.1 Frau Schobert berichtet, dass sich die Aids-Hilfe stabilisiert habe. Es gebe einen neuen fünfköpfigen Vorstand; die Präventionsarbeit sei über Landesmittel abgesichert. Herr Schröder weist darauf hin, dass es keine Doppelstruktur der Aidsprävention in Dortmund gebe und begrüßt, dass die Angebote für die Zielgruppe der Schwulen erhalten bleibt.

7.2 Herr Schröder informiert, dass der Slado im Rahmenprogramm der Wehrmachtausstellung eine Veranstaltung zur Schwulenverfolgung im Nationalsozialismus in der Steinwache plant. Gespräche mit dem Trägerkreis der Wehrmachtausstellung, der Steinwache und einem möglichen Referenten seien erfolgt. Er stellt Stefan Nies vor, dessen Anliegen der beiliegenden Projektbeschreibung „Geschichte der Dortmunder Homosexuellen in der Zeit des Nationalsozialismus“ entnommen werden kann. Herr Nies schätzt auf Nachfrage, dass die von ihm vorgeschlagene Erststudie ca. 4000 € kosten würde. Frau Lehrwald weist darauf hin, dass die Quellenlage in der Steinwache zur Verfolgung Schwuler im Nationalsozialismus gut und damit ein ideales Feld für Grundlagenforschung ist. Zur Situation von Lesben im Nationalsozialismus gestaltet sich die Forschung erheblich schwieriger. Frau Kokoschka sieht in dem Vorhaben von Herrn Nies eher die Grundlagen für ein Kooperationsprojekt mit der Universität als für eine Veranstaltung im Rahmenprogramm der Wehrmachtausstellung. Frau Schobert regt an, für eine Erststudie zur Situation von Lesben im Nationalsozialismus auch die Archive der psychiatrischen Einrichtungen des LWL zu berücksichtigen. Die Anwesenden folgen dem Vorschlag, die Planung einer Veranstaltung im Rahmen der Wehrmachtausstellung getrennt von der vorgeschlagenen Erststudie zur Verfolgung Homosexueller im Nationalsozialismus zu behandeln.

Die Veranstaltungsplanung soll in Abstimmung mit dem Trägerkreis der Wehrmachtausstellung weiterverfolgt werden. Der Veranstaltungsort ist noch zu klären. Herr Schröder wird die interessierten Anwesenden einladen, um auf Basis des Vorschlags von Herrn Nies Eckpunkte der Grundlagenforschung zur Verfolgung Homosexueller im Nationalsozialismus und deren Finanzierung zu besprechen.

7.3 Auf Vorschlag von Herrn Zwiers-Polidori wird die Razzia von Polizei und Ordnungsamt im schwulen Sexkino Boytoyshop besprochen. Dazu die Fragen von Herrn Zwiers-Polidori:

„Am Samstag wurde das schwule Sexkino Boytoyshop in der Hunnentränke/Ecke Leuthardstr. vom Ordnungsamt und der Polizei besucht. Folgende Fragen stellen sich uns:

Gibt es bei der Stadtverwaltung jenseits möglicher Verstöße gegen etwaige Auflagen Bedenken gegen solch ein Kino?

Ist es üblich, dass solche Kontrollen razziaähnlich mit rd. einem Dutzend Beamten von Ordnungsamt und Polizei durchgeführt werden?

Ist es dabei sachlich notwendig die Besucher einer geschlossenen Veranstaltung des Fetisch Club Rhein-Ruhr e.V. zur Feststellung der Personalien festzuhalten? Ist es ferner üblich, dass dies zunächst ohne Begründung erfolgt? Erst auf Nachfrage wurde zumindest einigen Gästen erklärt, dass sie ggf. als Zeugen gebraucht würden. Laut Polizeigesetz NW sind verdachtsunabhängige Personenkontrollen nicht gestattet. Gab es ein Kommunikationsproblem?

Insgesamt ist das Auftreten der Beamten gegenüber den Gästen als eher unfreundlich und voreingenommen empfunden worden.“

Herr Pogadl beantwortet diese Fragen in Abstimmung mit dem Ordnungsamt wie folgt:

„Anlass des Einsatzes war ein nicht anonymer Hinweis gegenüber der früheren Ordnungsdzernentinnen und daraufhin vermutete ordnungsrechtliche und bauordnungsrechtliche sowie strafrechtliche Verstöße im Betrieb.

Der Umfang des Personalaufgebotes seitens der Polizei und des Ordnungsamtes resultierte aus der Beobachtung der Kundenzahl sowie weiteren Einsätzen in der Nacht.

Zur Unfreundlichkeit des Einsatzes stellt das Ordnungsamt fest, dass der Einsatz nicht in aggressiver Stimmung verlief.

Das Ordnungsamt bemüht sich gemeinsam mit dem Betreiber des Sexshops, die Grundlagen für den weiteren Betrieb dieses Teils des Unternehmens zu schaffen.“

Herr Schröder stellt abschliessend fest, dass die Tätigkeit der Ordnungsbehörden unter der Fragestellung der Diskriminierung von Homosexuellen aufmerksam verfolgt werde.

7.4 Herr Alex berichtet, dass zum schwul-lesbischen Straßenfest am 23.08.03 eine Ausstellung im Rathaus stattfinden solle. Das Kulturbüro unterstützt die Raumsuche.

7.5 Pressearbeit: Es wird zwei Presseerklärungen aus der Sitzung geben. Eine wird die Ratsvorlage „Sachstand“ und die zukünftige Arbeit des schwul-lesbischen Runden Tisches darstellen; die andere die Planung zur Hepatitis-B-Impfkampagne.

7.6 Frau Kokoschka berichtet, dass es in der Stadt- und Landesbibliothek noch Überexemplare des schwul-lesbischen Medienverzeichnis gebe.

7.7 Peter Schröder bittet um Benennung eines Ansprechpartners für die Anmietung der Berswordthalle. Hier soll im Rahmen des schwul-lesbischen Straßenfestes eine Veranstaltung stattfinden.

8. Termin der nächsten Sitzung: Die 10. Sitzung des schwul-lesbischen Runden Tisches findet am 23.09.03 um 16.00 Uhr statt. Schwerpunktthema wird die Forschung zur Situation

von Lesben und Schwulen im Nationalsozialismus sein. Frau Schobert lädt den Runden Tisch in die Räume der KISS ein, wenn möglich, bereits zur nächsten Sitzung.

cv